

GEAS-Reform als Gefahr für Schutzsuchende: VAFO fordert faire Verfahren statt Abschiebezentren

Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und humanitäre Verantwortung dürfen nicht dem politischen Druck geopfert werden

Berlin, 17. Juni 2026 Der Verband afghanischer Organisationen in Deutschland e.V. (VAFO) warnt vor den Auswirkungen der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) sowie vor aktuellen Entwicklungen im deutschen Asylrecht. Aus Sicht des Verbandes droht die Reform, zentrale rechtsstaatliche und menschenrechtliche Schutzstandards im Asylsystem zu schwächen, insbesondere zum Nachteil afghanischer Schutzsuchender, deren Situation seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 katastrophal ist.

Afghanistan ist weiterhin kein sicheres Heimatland

Frauen und Mädchen sind systematisch vom gesellschaftlichen und öffentlichen Leben ausgeschlossen; ehemalige Ortskräfte, Menschenrechtsverteidiger:innen sowie Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten werden bedroht und bangen um ihr Leben bangen. Gleichzeitig befindet sich das Land in einer massiven humanitären Krise: Rund 90 Prozent der Bevölkerung, leben in Armut und etwa 40 Prozent sind von Ernährungsunsicherheit betroffen.

Verschärfung der deutschen Asylpraxis trotz Verschärfung humanitärer Krisen

Von 2023 bis 2025 ist die bereinigte Schutzquote für afghanische Antragsteller:innen von fast 99 Prozent auf 30 Prozent eingebrochen. Parallel dazu sind sichere und legale Zugangswege stark eingeschränkt worden: Humanitäre Aufnahmeprogramme wurden weitestgehend gestoppt, bereits erteilte Zusagen zurückgenommen und der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte seit Juli 2025 ausgesetzt. Gleichzeitig hat Deutschland wieder begonnen völkerrechtswidrig nach Afghanistan abzuschieben. Betroffen sind 13.000 afghanische Staatsangehörige, darunter etwa 10.000 mit Duldung.

GEAS-Reform: Aushöhlung des Flüchtlingssschutzes?

Vor diesem Hintergrund bewertet VAFO die GEAS-Reform kritisch, da sie Asylverfahren an die EU-Außengrenzen verlagert und Rückführungen

beschleunigt. Besonders problematisch ist die Auslagerung von Verfahren in Drittstaaten („Albanien-Modell“), wodurch „Return Hubs“ entstehen, die *de facto* Abschiebezentren sind und den Zugang zu individuellem Rechtsschutz sowie die Bewegungsfreiheit stark einschränken. Betroffen davon sind mehrheitlich besonders vulnerable Gruppen, wie Familien mit Kindern sowie unbegleitete minderjährige Geflüchtete.

VAFO fordert daher:

- die konsequente Einhaltung menschenrechtlicher und rechtsstaatlicher Standards bei der Umsetzung der GEAS-Reform,
- faire und individuelle Asylverfahren,
- die sofortige Fortführung und Umsetzung humanitärer Aufnahmeprogramme und bestehender Zusagen,
- einen wirksamen Familiennachzug und besonderen Schutz für unbegleitete minderjährige Geflüchtete zu gewährleisten,
- einen bundesweiten Abschiebestopp nach Afghanistan sowie den Verzicht auf Rückführungen in unsichere Staaten,
- eine stärkere Einbindung von Migrant:innen- und Geflüchtetenorganisationen in politische Entscheidungsprozesse.

VAFO appelliert an die Bundesregierung und die europäischen Institutionen: Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und humanitäre Verantwortung müssen die Grundlage der deutschen und europäischen Asylpolitik bilden.